

## Einheitsschule

Schon in den sozialdemokratischen Parteiprogrammen von Eisenach 1869, Gotha 1875 und Erfurt 1891 war die Forderung nach Einheitlichkeit, Weltlichkeit, Staatlichkeit und Unentgeltlichkeit des Schulwesens zu lesen. Auch im Schulprogrammentwurf, den Heinrich Schulz und Clara Zetkin 1906 auf dem Mannheimer Parteitag vorstellten, war die Forderung nach einem einheitlichen Schulwesen enthalten, jedoch nicht näher erläutert. "Schaffung eines Reichsschulgesetzes auf der Grundlage der Weltlichkeit und Einheitlichkeit des gesamten Schulwesens."

Es wurde zwar nicht über diesen Entwurf abgestimmt, er wurde aber zusammen mit erläuternden Schriften von Schulz aus den Jahren 1907 und 1911 häufig als das Schulprogramm der Sozialdemokratie betrachtet. Auch für die Programmdiskussion in der Weimarer Republik war er von Bedeutung. Über die Auslegung des Begriffs der Einheitlichkeit bestand allerdings bei Ausbruch der Novemberrevolution keineswegs Einstimmigkeit innerhalb der Partei. Daneben forderten auch die Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) die Einheitsschule. Sie waren in ihren Forderungen allerdings maximalistisch und im Gegensatz zur Führung der Mehrheitssozialdemokraten (MSPD) nicht kompromissbereit.

Im Weimarer Schulkompromiss zwischen MSPD, Deutscher Demokratischer Partei (DDP) und der Zentrumspartei scheiterte die Einführung der weltlichen Einheitsschule. Zu diesem Zeitpunkt wurden Forderungen nach einem sozialdemokratischen Schulprogramm immer lauter. Im Görlitzer Programm der MSPD von 1921 wurde darauf abermals die Weltlichkeit, Einheitlichkeit und Unentgeltlichkeit der Volksschule sowie der höheren Schulen für begabte Kinder gefordert, jedoch blieb das Programm weiterhin sehr vage und stellte keinen schulpolitischen Leitfaden für die Gegenwart und die schulpolitische Wirklichkeit dar. Auch im Einigungsprogramm von USPD und MSPD von 1922 und im Heidelberger Programm von 1925 wurde der Einheitlichkeitsbegriff nicht weiter präzisiert. Letztendlich konnte die Forderung nach der Einheitlichkeit des Schulwesens während der ganzen Weimarer Republik nicht verwirklicht werden.

### Literatur:

BÜTTNER, Ursula, Weimar. Die überforderte Republik. 1918-1933, in: BENZ, Wolfgang (Hg.), Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 18: 20. Jahrhundert (1918-2000), Stuttgart 102010, S. 171-767, hier 346.

GENTSCH, Dirk H., Zur Geschichte der sozialdemokratischen Schulpolitik in der Zeit der Weimarer Republik. Eine historisch-pädagogische Analyse

zur Schulpolitik der SPD in Deutschland in den Jahren 1919 bis 1933  
(Europäische Hochschulschriften 11 569), Frankfurt am Main 1994.

RICHTER, Ludwig, Kirche und Schule in den Beratungen der Weimarer  
Nationalversammlung (Schriften des Bundesarchivs 47), Düsseldorf 1996,  
S. 69-84.

WITTMER, Wolfgang W., Die sozialdemokratische Schulpolitik in der Weimarer  
Republik. Ein Beitrag zur politischen Schulgeschichte im Reich und in  
Preußen (Historische und Pädagogische Studien 12), Berlin 1980, S. 15-17,  
19, 39, 47-58, 329.

**Empfohlene Zitierweise:**

Einheitsschule, in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturreporte Eugenio  
Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 5042, URL: [www.pacelli-edition.de/  
Schlagwort/5042](http://www.pacelli-edition.de/Schlagwort/5042). Letzter Zugriff am: 24.05.2024.